



Zwangsarbeit mit Hafenblick

Im Lagerhaus am Dessauer Ufer im Hamburger Hafen internierten die Nazis ab 1944 Zwangsarbeiter:innen und Kriegsgefangene. Eine Initiative will an ihr Leid erinnern.

TEXT: FRANK KEIL
FOTOS: ANDREAS HORNOFF



Die Türen des geschlossenen Viehwaggon öffnen sich, und sie ist wieder in Hamburg. Ist wieder in der Stadt, in der sie im Februar 1925 geboren wurde, in der sie zur Schule ging, zuletzt in die Israelitische Töchterschule im Karolinentviertel. Wie 500 andere Frauen hat Lucille Eichengreen (*damals noch Cecilie Landau*), wenige Tage zuvor in Auschwitz die Selektion durch den berüchtigten Dr. Mengele überstanden. Nun wird sie im Sommer 1944 im Lagerhaus am Dessauer Ufer interniert, einem Außenlager des KZ Neuengamme.

Auf der einen Seite liegt der dicht bewohnte Stadtteil Veddel, auf der anderen Hafengebiet. Lucille Eichengreen muss in den kommenden Wochen in der Stadt Trümmer räumen, muss auf der bombardierten Werft von Blohm und Voss helfen, die schweren Stahl- und Eisenteile zu bergen, obwohl sie sich kaum auf den Beinen halten kann. Ihr Kopf ist kahlgeschoren; an ihrer dünnen Jacke prangt auf dem gelben Stern das Wort „Jude“.

Das Lagerhaus, in dem Lucille Eichengreen wie die anderen Frauen auf dem nackten Fußboden schläft, in dem

die prügelnden SS-Wachleute herrschen, steht bis heute im Originalzustand: ein Riegel aus rotem Backstein, acht dreistöckige Speicher, durch Brandschutzmauern verbunden, man sieht die Dächer und die Spitzen der Giebel rechter Hand hervorblitzen, wenn man mit der S-Bahn hinter den Elbbrücken Richtung Harburg fährt.

Zwei Tafeln erinnern an das damalige Frauenlager, das dann ab Oktober 1944 ein Männerlager war, bis dieses schließlich im April 1945 geräumt wurde. Ein einzelner Stolperstein erinnert an die Zwangsarbeiterin Margarethe



Louis Wörner
und Lucy
Debus vor dem
„Lagerhaus G.“

Müller, die an einer Blutvergiftung starb, weil man sie medizinisch nicht versorgte. Das ist alles. Mehr gibt es nicht.

Aber das soll sich nun ändern. Denn die Geschichts- und Stadtteilinitiative „Dessauer Ufer“, bestehend aus meist jungen Leuten, überwiegend aus Wilhelmsburg und von der Veddel, setzt sich seit 2017 für einen dortigen Gedenkort ein. Sie hat zur Historie des Ortes geforscht, Vorträge gehalten,

Stadtrundgänge organisiert, ist zu Tagungen gefahren und ist auf den Social-Media-Kanälen präsent. Sie hat zudem jüngst ein umfassendes Nutzungskonzept vorgelegt. „Wir möchten frühzeitig deutlich machen, dass hier ein angemessener und würdiger Gedenkort entstehen sollte, und wir möchten diesen Prozess begleiten“, sagt Lucy Debus vor Ort und weist auf das langgestreckte Gebäude. Ihr Mitstreiter Louis Wörner

ergänzt: „Die Stadt hat sich lange für die Geschichte des Hauses nicht annehmen wollen. Wir wollen dringend anmahnen, dass ein Sanierungskonzept für das Haus dessen Geschichte mitdenkt.“

Die Chancen für einen Gedenkort stehen nicht schlecht. Denn aus dem ehemaligen Hafengelände gegenüber der Hafencity, zu dem das Dessauer Ufer gehört, soll ein eigener Stadtteil erwachsen: der Grasbrook. Man will hier richtig was anpacken: Start-ups sollen sich ansiedeln, Lofts architektonisch gewagte Bauten besiedeln. Im Koalitionsvertrag zwischen Grüne und SPD ist dabei ein Gedenkort ausdrücklich vorgesehen; Einzelheiten allerdings fehlen.

Geht man ins Detail, wird es schnell knifflig. Denn schon die Eigentumsverhältnisse sind unklar: Der Grund und Boden, auf dem das Lagerhaus wegen Ebbe und Flut auf Stelzen steht, ist im Besitz der Stadt; das Gebäude aber soll einer Gemeinschaft unterschiedlicher Eigentümer:innen gehören, mit Sitz in den Niederlanden. Was diese Gemeinschaft will oder nicht will, was sie selbst plant oder nicht, ist derzeit nicht be-

kannt. Auch ist der Gesprächsfaden zwischen der Stadt und der Gemeinschaft noch etwas lose: „Denkmal-schutzamt und Eigentümer sind im Austausch zu Terminen für eine Begehung“, ist vonseiten der Kulturbehörde zu erfahren.

Dabei wäre rasches Handeln längst erforderlich: „Man müsste schnell dafür sorgen, dass das Gebäude und das Gelände gründlich archäologisch untersucht werden, bevor es womöglich überbaut wird und wichtige Spuren verschwinden“, sagt Lucy Debus. Sie berichtet anhand früherer Besichtigungen von Einritzungen auf Kyrillisch in den Wänden, von Nachrichten, die so hinterlassen wurden; vermutet werden auch Gegenstände der Häftlinge in den Kellerräumen, die immer wieder vom Hafenhochwasser geflutet werden. Auch sind noch die Bahnschienen erhalten, auf denen die Züge die Häftlinge vermutlich bis vor das Gebäude brachten: etwa 1500 Frauen, meist Jüdinnen; dann noch mal 2000 Männer.

Lucy Debus zeigt auf das Ende des Gebäudes, wo das Mauerwerk und die Fenster sichtlich neueren Datums sind, wenn man genauer hinschaut: „Hier gab es damals einen Bombentreffer, etwa 150 KZ-Häftlinge kamen ums Leben, weil sie während der Angriffe nicht in die Schutzräume durften.“ Sie sagt: „Das Haus ist nicht unerforscht, aber es gibt noch keine dezidierten Forschungen.“

In der Antwort der Kulturbehörde zum Stand der Dinge heißt es dazu: „Wenn die Eigentumsverhältnisse geklärt sind, soll es perspektivisch für die Entwicklung des Gedenkortes einen Beteiligungsprozess geben, in dem auch zivilgesellschaftliche Akteure und Akteurinnen und Initiativen Impulse geben können.“ Wohlgermerkt: „Impulse geben können“.

Dass da Lucy Debus, Louis Wörner und ihre Mitstreiter:innen leicht unruhig werden, ist so unberechtigt nicht, schaut man auf die jüngste Geschichte vergleichbarer Orte – etwa den Gedenkort Stadthaus in der Innenstadt. Im Stadthaus, dem ehemaligen Hauptsitz der geheimen Staatspolizei Gestapo, sollte nach jahrzehntelangem Ver-

schweigen ein Gedenk- und Informationsort über die systematische polizeiliche Überwachung und Verfolgung der Bevölkerung aufklären. Doch statt diesen zu planen, verkaufte die Stadt das Areal an der Stadthausbrücke an einen Investor. Der ließ das Gebäude entwickeln, Geschäfte und Unternehmen zogen ein, auch ein Hotel. Und der geplante Gedenkort wurde allein von der Fläche her kleiner und kleiner, bis kaum etwas übrigblieb.

Vieler Protest folgte, von Überlebenden, deren Angehörigen, auch von Hamburger Historiker:innen, dann von Fachleuten bundesweit. Es hat nichts genutzt: Mittlerweile hat sich die Stadt in Gestalt der Kulturbehörde aus dem

Geschehen zurückgezogen und nennt den Ort „eine private Initiative“.

Auch um das geplante Dokumentationszentrum am Lohseplatz in der Hafencity, wo an die Deportationen vom damaligen Hamburger Bahnhof in die Vernichtungslager in Osteuropa erinnert werden soll, gibt es Ärger: Die Nachkommen der Opfer wollen nicht hinnehmen, dass in den Gebäuden auch Räume an Unternehmen vermietet werden, die seinerzeit von Krieg, Verfolgung und Zwangsarbeit profitiert haben. Die Kulturbehörde verweist bedauernd auf Absprachen und Verträge – die man so hätte wohl besser nicht abschließen sollen. Kurzum: Zivilgesellschaftliche Gedenkort und privatwirtschaftliche



Unternehmen scheinen sich nicht unbedingt zu vertragen; die Interessen sind zu unterschiedlich und die Kräfte ungleich. Da will die Initiative diesmal vorbauen.

„Vielleicht braucht man nicht die gesamte Fläche für eine Ausstellung“, sagt Lucy Debus, die in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme Führungen für Schüler:innen anbietet und die jüngst ihre Masterarbeit mit dem Titel

„Hamburg war die Wende – das Außenlager Dessauer Ufer in den Erinnerungen weiblicher Überlebender“ fertiggestellt hat, mit Blick auf die insgesamt 24.000 Quadratmeter, die zur Verfügung ständen. „Aber an diesem Ort kann und sollte die Geschichte von verschiedenen Menschen erzählt werden, die ans Dessauer Ufer verschleppt wurden. Hier wurden Frauen und Männer als KZ-Häftlinge unterge-

bracht, aber auch italienische Militärinternierte und sowjetische Kriegsgefangene. Sie alle mussten im Hafen Zwangsarbeit leisten.“

Auch die Geschichte des deutschen Kolonialismus und wie die Hamburger Kaufmannschaft an ihm verdiente, ließe sich hier zeigen; Raum wäre darüber hinaus für Schulungs- und Bildungsangebote, um gegen Antisemitismus und Rassismus vorzugehen, wie das ja gerade überall gefordert würde.

Das kostet alles Geld, gewiss. Louis Wörner, Student der Geschichte, deutet über den Hansahafen hinweg in Richtung des Hafenumuseums, wo seit einigen Monaten die „Peking“ vertäut liegt. Es habe rund 40 Millionen Euro gekostet, die anfangs schrottreife Viermastbark weitgehend in ihren Originalzustand zurückzusetzen, und ihr Unterhalt werde weiteres Geld kosten. „Ich wünsche mir, dass neben den romantisierenden und verklärenden Darstellungen des Hafens auch die problematischen Aspekte zu Wort kommen, und das muss durchgesetzt werden, auch gegenüber denen, die darüber nicht so gerne sprechen wollen“, sagt er.



Außer diesen Tafeln und einem Stolperstein erinnert bislang nichts an das Leid am Dessauer Ufer.



Lucy Debus zeigt in die gleiche Richtung, weist auf den Uferstrand des Hansahafens hin, wo es ein paar Meter vor uns ans Wasser geht: „Hier unten dürfte die Fähre abgefahren sein, mit der die Zwangsarbeiter:innen zu ihren Einsatzstellen im Hafen gefahren wurden; eine zivile Fähre, auf der auch die Hafendarbeiter mitfahren. Die Hamburger:innen haben also gesehen, was hier passierte.“ Bei allen Erzählungen von Weltoffenheit sei die Zwangsarbeit im Hamburger Hafen noch viel zu wenig beleuchtet worden: „Viele Zwangsarbeiter:innen waren in der kriegswichtigen Mineralölindustrie eingesetzt.“ Sie fügt hinzu: „Hamburg ist so stolz auf seinen Hafen, aber wie die Hafenwirtschaft die Herrschaft der Nationalsozialisten förderte, sie stützte und wie sie von ihr profitierte, das möchte man dann doch nicht so genau wissen und auch nicht zeigen.“ So berichte der vordergründig so malerische wie industriell-raue Ort eben auch von dem jahrzehntelangen Weigern und Zögern Hamburgs, sich seiner NS-Geschichte zu stellen: „Auch davon kann man hier erzählen. Die Nachgeschichte gehört zu der Geschichte des Ortes dazu“, sagt Lucy Debus.

Louis Wörner berichtet von einem historischen Foto, das zeigt, wie 1963 der damalige Bundeskanzler Ludwig Erhard das Lagerhaus besuchte. Über der gesamten Fassade prangte das Banner „Reemtsma lagert hier Tabak aus der ganzen Welt“; drum herum große, schwarze Limousinen. Das mit den Nazis, dem Krieg und all dem Leid und auch der Schuld scheint irgendwie vergessen.

Lucille Eichengreen hat ihre Befreiung im April 1945 im KZ Bergen-Belsen erlebt und in Kalifornien eine neue Heimat gefunden. Erst 1991 erhalten sie und ihr Mann Dan – auch er ist aus Hamburg, hat überlebt und sein Land danach verlassen – als ehemalige Verfolgte eine Einladung des Hamburger Senats zu einem Empfang im Rathaus ihrer einstigen Heimatstadt. Rückblickend notiert sie: „Obwohl alles perfekt und ‚ordentlich‘ verlief, war der Empfang kühl und unpersönlich, eine leere Geste, vielleicht eher für die Öffentlichkeit gemacht. Dan und ich verließen den Empfang mit dem Gefühl von Außenseitern, die wir waren.“ ●



Frank Keil ist immer noch geschockt darüber, wie die Stadt den „Gedenkort Stadthaus“ gegen die Wand gefahren hat. Er wünscht daher der Initiative „Dessauer Ufer“ gutes Gelingen.

redaktion@hinzundkuntz.de

Mehr über die Initiative für einen Gedenkort „Dessauer Ufer“ erfährt man hier:
<https://initiativedessauerufer.noblogs.org>